

Entschließung der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz

Berlin, 5. März 2017

Starke Ländliche Räume - starkes Deutschland

Ländliche Regionen machen knapp 90 Prozent der Fläche Deutschlands aus. Die Dörfer und kleinen Städte sind ein wichtiger Zukunftsraum auf dem Land und Heimat für 47 Millionen Menschen, das ist über die Hälfte der deutschen Bevölkerung. Dazu boomt die Wirtschaft: Mehr als 60 Prozent der Wirtschaftsleistung in Deutschland wird im ländlichen Raum erbracht, mehr als die Hälfte der rund 3,5 Millionen Wirtschaftsbetriebe und zwei Drittel der Arbeitsplätze befinden sich ebenfalls dort. Voraussetzung sind gute Rahmenbedingungen für die Menschen auf dem Land und insbesondere für diejenigen, die für unsere Lebensmittel sorgen und die Landschaft gestalten. Das sind unsere Landwirte, Waldbauern, Gärtner, Fischer, Winzer, das Lebensmittelhandwerk und unsere starke mittelständische Ernährungswirtschaft. Ein großes Potenzial liegt in den Menschen und ihrer großen Identifikation mit der Heimat. Das bürgerliche Engagement in Verbänden, Vereinen und Kirchen fördert die Gemeinschaft und schafft soziale Infrastruktur. Das sind die großen Stärken der ländlichen Räume. Stadt und Land tragen gemeinsam zum Erfolg Deutschlands bei.

Es geht um mehr: Wenn sich der Staat zunehmend aus der Fläche zurückzieht, werden demokratische Werte nicht mehr vorgelebt. Um die Demokratie zu verteidigen, müssen wir auch dem Rückzug der staatlichen Institutionen aus dem ländlichen Raum entgegenwirken. So kann es gelingen, Antworten auf eine steigende Entfremdung vom Staat und auf vermeintlich einfache Botschaften von Populisten zu finden.

1. Ländliche Räume lebenswert erhalten

Bei allen Erfolgen sind die Unterschiede zwischen den Regionen nicht aufgehoben. Es stehen gesellschaftlich und wirtschaftlich prosperierende ländliche Regionen vor allem im Umfeld der Ballungsräume Regionen mit Abwanderung gegenüber. Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu gewährleisten, bleibt eine Daueraufgabe. Um diese Herausforderung zu bewältigen, sprechen wir uns für die Schaffung eines Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, ländliche Räume und Heimat aus.

Der ländliche Raum ist Heimat, Wirtschafts- und Naturraum mit erheblichem Potential. Das Lebensgefühl der Menschen ist geprägt von Heimatbindung und Nähe, großem ehrenamtlichem Engagement und Traditionspflege in Verbänden und Vereinen. Die Bindung an das Lebensumfeld, an Kultur und Tradition machen das Heimatgefühl aus. Menschen finden Heimat dort, wo sie sich emotional sicher fühlen. Genau das kann der ländliche Raum bieten. Es gibt mehr Platz, Ruhe und Natur. Die Menschen fühlen sich auf dem Lande insgesamt sicherer als in der Stadt, weil es einen engeren sozialen Zusammenhalt gibt.

Das Internet egalisiert die Nachteile des ländlichen Raums, nämlich die großen Entfernungen, in vielen Bereichen. Das eröffnet Chancen für hoch qualifizierte Arbeitsplätze.

Die Union steht für eine Präsenz des Staates und der Verwaltung in der Fläche - sei es bei Polizei, Schulen oder Bürgerämtern. Wir arbeiten kontinuierlich daran, die Entwicklung der ländlichen Räume zu forcieren. Bund und Länder sind gebeten, wenn neue Behörden geschaffen werden, diese im ländlichen Raum anzusiedeln. Wir treiben die Digitalisierung voran, bauen Wissenschaft und Forschung aus, erleichtern Investitionen und stärken die Investitionsfähigkeit der Kommunen. Handlungskonzepte sind nicht statisch. Ein wichtiger Baustein ist die Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) als Instrument der regionalen Wirtschafts- und Strukturpolitik. Die Förderprogramme müssen weiterentwickelt und differenziert auf die speziellen Bedürfnisse des dünn besiedelten Raums ausgerichtet werden. Sie müssen Flexibilität ermöglichen und die Bedürfnisse in Stadt und Land gleichermaßen berücksichtigen. Ebenso muss die „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) auch künftig auf Strukturschwächen des ländlichen Raumes Antworten geben und auch Wirtschaftsförderung vorsehen, da Arbeitsplätze vor Ort entscheidender Anker für erfolgreiche Regionalentwicklung gerade im ländlichen Raum sind.

2. Digitale Chancengleichheit in allen Regionen

Deutschland muss unbedingt flächendeckend schnelles Internet erhalten, die Digitalisierung muss entschieden vorangetrieben werden. Eine funktionierende digitale Infrastruktur ist unerlässlich für die wirtschaftliche Zukunft und die Attraktivität in der Fläche. Schnelles Internet und guter Handyempfang zu Hause, auf der Arbeit und unterwegs sind von erheblicher Bedeutung für hohe Lebensqualität. Wir stehen dafür ein, dass die Menschen überall in Deutschland davon profitieren können.

Zielstellung ist es, in allen öffentlichen Gebäuden Deutschlands freies WLAN und einen kostenlosen Internetzugang zur Verfügung zu stellen. Freie WLAN Hotspots an touristischen Zielen müssen speziell im ländlichen Raum gefördert werden.

Wir steigern die Dynamik des Breitbandausbaus in Deutschland weiter. Die Aufrüstung des bestehenden Telefonkabel-Kupfernetzes (Vectoring) ist nur als Zwischenschritt akzeptabel, aber sie reicht nicht aus. Die Datenmenge wird zunehmen. Unternehmen gerade im ländlichen Raum brauchen schnelle und leistungsfähige Internetverbindungen, um große Datenmengen ihren Kunden in aller Welt zukommen zu lassen. Auch Filme oder Videosprechstunden beim Arzt in guter Qualität erfordern schnelles Internet. Landwirtschaftliche Maschinen mit Sensoren und gezielter Herbizid-Ausbringung funktionieren nur ohne Verzögerungszeiten. Die Qualität der Netze muss sich kontinuierlich verbessern. Wir brauchen nicht Netze mit Megabit, sondern mit Gigabitleistung. Und es gibt nur eine Infrastruktur, die Gigabit kann, und das ist Glasfaser bis ans Haus.

Unser Ziel ist der Ausbau des Glasfasernetzes bis hinein in die noch unterversorgten ländlichen Regionen. Dazu muss das Vorgehen besser abgestimmt werden. Es wäre verheerend, wenn einige lukrative Gegenden schnelles Internet hätten, während abgelegene Dörfer vom Ausbau abgehängt würden. Deshalb ist es wichtig, dass alle Investoren nebeneinander im Infrastrukturwettbewerb bestehen können. Der Förderrahmen des Bundes muss

fortentwickelt und verstetigt werden, zudem müssen alle Länder ihre Förderprogramme mit ausreichenden Mitteln ausstatten. Zusätzlich sind neue Finanzierungsformen zu prüfen.

Um beim Ausbau des Netzes einen großen Sprung nach vorne zu ermöglichen, sollen die Landesregierungen runde Tische einrichten und klären, wie Anreize gesetzt werden können, um die lückenlose Erschließung schneller zu erreichen. Um über Mobilfunk neue Mitfahrplattformen oder Bürgerinitiativbusse nutzbar zu machen, muss dafür gesorgt werden, dass Netzbetreiber, Bundesnetzagentur und die betroffenen Kommunen in direkte Gespräche treten. Sie sollen gemeinsame Lösungen für den Auf- und Ausbau der Mobilfunknetze anstreben. Für gleichwertige Lebensbedingungen in allen Landesteilen muss flächendeckend eine Mobilfunkabdeckung verbessert werden. Mit der Einführung des 5G-Mobilfunkstandards muss die Abdeckung auch im ländlichen Raum gesichert werden.

3. Starke und regional verankerte Land- und Ernährungswirtschaft

Wirtschaftliche Dynamik ist die Basis für lebenswerte und vitale Regionen und schafft Bleibechancen insbesondere für die junge Generation. Die wirtschaftliche Stärke des ländlichen Raums spiegelt sich in den rund 285.000 landwirtschaftlichen Betrieben wider, die ganz überwiegend von den Landwirten und ihren Familien vor Ort getragen werden.

Angesichts der aktuellen Lage auf den Agrarmärkten setzen wir bis zum Jahr 2020 auf Kontinuität und Planungssicherheit. Für die Gemeinsame EU-Agrarpolitik (GAP) nach 2020 muss die gleichgewichtige Entwicklung beider Säulen gewährleistet bleiben. Vor allem geht es um den Abbau von Bürokratie. Die Bemühungen des Freistaats Sachsen um Vereinfachung der europäischen Förderregularien des Landwirtschaftsfonds für die ländlichen Räume (ELER) nach 2020 werden ausdrücklich unterstützt. Damit innovative Initiativen zur selbstbestimmten Entwicklung ländlicher Regionen vom EU-Programm LEADER profitieren statt an ausbleibenden Bescheiden zu scheitern, müssen Genehmigungsverfahren gestrafft und Förderregeln flexibilisiert werden.

Wir unterstützen die Land- und Ernährungswirtschaft, die regionalen Märkte ebenso zu bedienen wie den nationalen, den europäischen und den Weltmarkt. Regionale Produkte sollen durch Agrarmarketing noch stärker als Produkte hoher Qualität etabliert werden.

4. Bessere Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen Land, Landkreisen und Gemeinden

Wir bekennen uns zur Stärkung der Kommunalfinanzen als Schlüssel für ortsspezifisches Handeln. Starke ländliche Räume brauchen starke Kommunen. Eine moderne Verwaltung, bürgernahe Strukturen und mehr Eigenverantwortung vor Ort ergänzen einander.

Besondere Bedeutung kommt der Bündelung der lokalen Verantwortung zu. Durch Zusammenarbeit über Kreis- und Gemeindegrenzen, aber auch über Landesgrenzen hinweg lassen sich Initiativen und Projekte auf den Weg bringen, die für Kommunen im Alleingang nicht oder nur schwer umsetzbar sind. Für gemeinsame Verwaltungsaufgaben, arbeitsteilige Infrastrukturangebote oder die koordinierte Förderung von Wirtschaft und Tourismus sollen die Landesregierungen Kompetenzzentren für freiwillige Zusammenarbeit auf Gemeindeebene fördern.

Bürgerportale und digitale Bürgerkonten sollen eingerichtet werden, für die die elektronische Ausweisfunktion des Personalausweises genutzt wird. Darüber können viele Verwaltungsdienstleistungen auf Kreis-, Länder- und Bundesebene einfach und sicher genutzt werden. Die anstehende Grundgesetz-Änderung wird es ermöglichen, die Verwaltungsportale aller Behörden in Bund, Ländern und Kommunen innerhalb von fünf Jahren in einem einzigen Portal, einer einzigen Internetseite zu verknüpfen.

5. Erhalt der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur

Die öffentliche Infrastruktur im ländlichen Raum muss die gleiche Qualität im gegliederten Schulsystem wie in Ballungsgebieten haben. Bildung und Betreuung sind für die Attraktivität der ländlichen Räume entscheidende Faktoren. Bei der Organisation von Schule im ländlichen Raum braucht es mehr Flexibilität und bei der Suche nach Lehrern neue Ideen. Um junge Lehrer auf das Land zu bringen, müssen Anreize geschaffen werden. Wer sich bereit erklärt, später als Lehrer auf dem Land zu arbeiten, der soll schon während des Studiums durch ein Landlehrerstipendium, in den Ländern, in denen eine besondere Notwendigkeit besteht, finanzielle Unterstützung erhalten. Durch das Stipendium besteht die Möglichkeit, die Lehrerausbildung stärker zu steuern und bestimmte Fächerkombinationen zu fördern.

Dabei ist auch klar: Die Schulstruktur im ländlichen Raum muss erhalten werden. Für Grundschulen gilt: kurze Beine, kurze Wege. Dies bedingt und sichert zugleich flächendeckende Versorgung, Qualität und gute Angebote im öffentlichen Personennahverkehr. Auch hier ist die landkreisübergreifende interkommunale Zusammenarbeit zu stärken.

6. Sicherung und Stärkung der Mobilität im ländlichen Raum

Straßen im ländlichen Raum müssen weiter ausgebaut und in Schuss gehalten werden. Der Bund hat hierfür im Bundesverkehrswegeplan klare Prioritäten gesetzt. Auch die Länder sollen in den Ausbau von Straßen und Verkehrsinfrastruktur investieren. Zudem leistet der ÖPNV einen wichtigen Beitrag zur Mobilität in den Städten und im ländlichen Raum. Alles soll schneller, besser und öfters erreichbar sein. Dafür sollen die Landesmittel dynamisiert und Kreise bzw. Städte stärker an den seit dem Jahr 2016 zusätzlich durch den Bund bereitgestellten Regionalisierungsmitteln beteiligt werden.

Der Busverkehr ist das Rückgrat des ÖPNV im ländlichen Raum. Der liniengebundene ÖPNV muss weiter unterstützt und gesichert werden. Er soll angemessen durch flexible Formen wie Ruf- und Bürgerbusse sowie Sammel- und Ruftaxis ergänzt werden. Die Landesregierungen sollen ihre Anstrengungen für verbund- und landkreisübergreifende Angebote verstärken. Wir unterstützen ein Bundesgesetz für Carsharing-Fahrzeuge, also Gemeinschaftsautos. Wir befürworten, wenn sich Landesregierungen mit den Kommunen für diese moderne Form der Mobilität einsetzen.

Beim Schienenverkehr auf dem Land gilt es einem weiteren Rückzug der Bahn aus der Fläche entgegenzuwirken. Daher treten wir für den Erhalt von Bahnhöfen und Haltestellen in ländlichen Gebieten ein. Von neuen und verbesserten Fernverkehrsangeboten muss der Ländliche Raum durch optimale Verknüpfung aller Regionen gleichermaßen profitieren.

Die Einführung von Schüler- und Azubitickets sichert berufliche Bildung für Schüler und Auszubildende auf dem Land. Als zusätzliche Idee für mehr Flexibilität im ländlichen Raum sollte eine unbürokratische und einheitliche Regelung geprüft werden, die den Erwerb des PKW-Führerscheins in begründeten Ausnahmefällen – insbesondere zur Teilnahme an beruflichen Bildungsmaßnahmen - ab einem Alter von 16 Jahren ermöglicht.

7. Gute medizinische und pflegerische Versorgung

Damit die Menschen auf dem Land solange wie möglich selbständig in ihrer ländlichen Heimat leben können, müssen Ärzte, Krankenhäuser, Notfallversorgung, Apotheken, Hebammen und Pflegepersonal erreichbar bleiben. Auch hier gilt: Medizinische Versorgung im ländlichen Raum muss die gleiche Qualität haben wie in Städten. Wir brauchen leistungsfähige und gut erreichbare Krankenhäuser auch in der Fläche. Wir werden weiterhin mit den Mitteln der Gesundheitspolitik des Bundes unseren Beitrag für die Sicherstellung der Krankenhaus- und Notfallversorgung in den ländlichen Regionen leisten.

Wir bekennen uns zur Präsenz-Apotheke. Ein flächendeckendes Angebot an Apotheken mit Nacht- und Wochenenddienst bleibt notwendig.

Wir unterstützen den Ausbau des Angebotes wohnortnaher Alten- und Pflegeheime. Zur Sicherstellung der Krankenhausversorgung müssen die Länder bedarfsgerecht und ausreichend ihren Teil zur Finanzierung der Investitionskosten der Kliniken beitragen. Die Schließung von Geburtsstationen im ländlichen Raum ist nicht nur politisch ein fatales Signal, sondern ist auch für werdende Mütter und Hebammen aufgrund der zeitnahen Erreichbarkeit in strukturschwachen Regionen problematisch. Diese sollten einerseits durch finanzielle Förderung und Anreize abgewendet werden oder andererseits durch alternative Möglichkeiten der Entbindung mit ärztlicher Anbindung kompensiert werden. Die zeitnahe flächendeckende Erreichbarkeit von Geburtsstationen bzw. Geburtshäusern muss gesichert bleiben.

Um konsequenter als bisher mehr Fachpersonal auszubilden, setzen wir uns für eine Landarztquote bei der Studienplatzvergabe ein für diejenigen, die nach dem Medizinstudium für eine bestimmte Zeit in einer unterversorgten Region praktizieren. Wer sich dafür bereit erklärt, soll bevorzugt einen Studienplatz erhalten. Wir halten zudem verstärkte Ausbildungsanstrengungen in anderen Gesundheitsberufen für unabdingbar. In die landärztliche Praxis einbezogene ärztliche Assistenten wie eine Gemeindeschwester sollen sich nicht nur um ärztlich delegierbare Tätigkeiten wie Blutentnahme und Blutdruckmessen kümmern, sondern mit dem behandelnden Arzt vor allem auch um besonders betreuungsintensive, chronisch kranke und ältere Patienten. Sie können sowohl für Haus- oder Fachärzte als auch arztübergreifend, beispielsweise in Medizinischen Versorgungszentren, oder für Ärztenetze tätig werden. Daher treten wir für den Aufbau eines Gemeindeschwester-Systems ein.

Ergänzend sollen die Möglichkeiten der Telemedizin ausgebaut werden. Dies bedeutet nicht, dass Arzt oder ärztlicher Assistenzberuf ersetzt werden. Es geht um Datenübertragung, passgenaue Hilfe in der Unfallsituation, flächendeckendes Verfügbarmachen von ärztlichem Spezialwissen und den Abgleich von Therapien auch bei räumlicher Trennung.

Persönlichkeitsrechte zu wahren und die Chancen der Digitalisierung kreativ zu nutzen, sind zwei Ziele, die sich miteinander verbinden lassen.

8. Bessere Lebensqualität durch gute Ortsentwicklung

Die Dorfentwicklung wollen wir weiter auf hohem Niveau unterstützen und damit eine Stärkung der Ortskerne erreichen. Dabei stellen wir sicher: Innenentwicklung geht vor Außenentwicklung. Wir wollen lebendige Dörfer und Gemeinden. Auf der Dorfkernsanierung und -revitalisierung liegt unser Schwerpunkt. Daneben wollen wir ermöglichen, dass Baulücken im ortsnahen Außenbereich geschlossen werden können. Behördliche Entscheidungen müssen dies berücksichtigen. Der ländliche Raum soll jungen Familien genauso eine Perspektive bieten wie der älteren Generation.

9. Anerkennung und Förderung von Ehrenamt und ländlicher Kultur

Ehrenamtliches Engagement ist für den ländlichen Raum prägend. Auf dem Land bildet das Ehrenamt - z. B. durch die Feuerwehr - einen wichtigen Teil der sozialen Infrastruktur.

Ohne Ehrenamt ist kein Staat zu machen. In Stadt und Land sind ehrenamtliche Initiativen häufig Motor und Impulsgeber für wirtschaftliche, kulturelle, soziale, kirchliche und ökologische Projekte. Ehrenamt funktioniert aber nicht ohne Unterstützung und Anerkennung. Wir müssen das Ehrenamt speziell im ländlichen Raum stärken. Wir müssen die steuerrechtliche Förderung des Ehrenamts weiter verbessern und die Akzeptanz der Arbeitgeber für ehrenamtliches Engagement von Beschäftigten, beispielsweise bei der Freiwilligen Feuerwehr und im Breitensport stärken. Wir wollen, dass dabei der Öffentliche Dienst Vorbild ist. Deshalb sollen durch das Ehrenamt erworbene Kompetenzen bei der Einstellung in den Öffentlichen Dienst berücksichtigt werden.